NACHRICHTEN DER



33. JAHRGANG - NR. 360

APRIL / OSTERMOND 2011

Kontakt über: Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige e.V. (HNG)

Vorsitzende: Ursel Müller, Sägewerk 26, 55124 Mainz-Gonsenheim.

ERSCHEINUNGSVERMERK

Die **HNG-NACHRICHTEN** erscheinen monatlich und haben allein die Gefangenenhilfe und Fälle staatlicher Repression zum Gegenstand. Die Ansichten einzelner Autoren und Leserbriefschreiber decken sich nicht immer mit den Ansichten der Schriftleitung und des HNG-Vorstands. Die Schriftleitung behält sich Kürzungen vor, wobei versucht wird, Sinnentstellungen zu vermeiden. Artikel und Briefe mit Namensnennung (auch Kürzel) werden von den Autoren verantwortet. Für irrtümlich abgedruckte Plagiate und unverlangt eingesandte Manuskripte und Beiträge wird keinerlei Verantwortung übernommen. Eine Rücksendung erfolgt nur bei beigefügtem Rückporto und nach Ermessen. **V.i.S.d.P.: Mareike Brauchitsch c/o Ursel Müller, Sägewerk 26, 55124 Mainz-Gonsenheim.**

Die **HNG-NACHRICHTEN** bleiben solange Eigentum des Absenders, bis sie der/dem Gefangenen persönlich ausgehändigt worden sind. Eine Zurhabenahme gilt ausdrücklich nicht als Aushändigung im Sinne dieses Vorbehalts. Im Falle des Anhaltens oder der Nichtaushändigung sind die **HNG-NACHRICHTEN** mit den Gründen der Nichtaushändigung an den Absender zurückzusenden. Mitglieder der HNG e.V. erhalten die **HNG-NACHRICHTEN** kostenlos, ausgenommen, sie sind mindestens 6 Monate mit ihrem Monatsbeitrag im Rückstand. Außenstehende können Einzelexemplare zum Preis von 3,— Euro beziehen (Jahresabonnement: 31,— Euro für 12 Ausgaben). Es handelt sich jeweils um Selbstkostenpreise einschließlich Versandkosten. Die **HNG-NACHRICHTEN** sind ebenso wie die HNG e.V. kein kommerzielles Unternehmen. Eventuelle Überschüsse werden für die karitative Arbeit im Sinne der Satzung der HNG e.V. verwendet.

Ein Richter, der für ein bloßes Meinungsdelikt eine langjährige Haftstrafe verhängt, begeht einen unerträglichen Willkürakt und damit Rechtsbeugung ...
... Rechtsbeugung ist schweres Unrecht. Wenn Rechtsbeugung aber zu Freiheitsentzug führt, handelt es sich um schwerstes kriminelles Unrecht!

(Bundesverfassungsgericht, Az. 2 BvR 2560/95)

UNBEDINGT BEACHTEN!
Neue Wohn- oder Postanschrift bitte sofort dem HNG Vorstand mitteilen! Solltet Ihr einmal keine Post von uns erhalten so gebt uns bitte umgehend Bescheid. e-Post: hng-ev@web.de oder Ferndruck: 03212-1225967

Es gelten folgende Beitragssätze für Mitglieder der HNG:

ermäßigter Monatsbeitrag für sozial Schwache wie Arbeitslose, Lehrlinge, Umschüler etc.	**4,- Euro**
für Normalverdiener,	**7,- Euro**

Bilanz des BRD-Regimes:

108.562 politische Verfahren wegen Meinungsdelikten (in den letzten zwölf Jahren!)

Das sind allein 108.562 gute Gründe, die HNG zu unterstützen!

Unsere Forderung lautet:

Freiheit für alle verfolgten Nationalisten!

Schluß mit der Gesinnungsjustiz!

brddr



Immer präsent durch
ihre besten Seiten

Redeverbote
Berufsverbote
Parteienverbote
Versammlungsverbote

Jeder kann bei uns seine Meinung frei äußern

VORAUSSETZUNG IST ALLERDINGS:

Sie entspricht der von uns veröffentlichten

Aufgrund erweiterter Sondergesetzgebung §130 GG,
wird die seitherige Darstellung nicht mehr erscheinen.

Das Imperium der Lüge zerbricht an der Wahrheit

Das Bundesverfassungsgericht hat in seinem Beschluß vom 04.11.2009, Az. 1 BvR 2150/08, endgültig entschieden, daß das Versammlungsverbot des Trauermarsches für Rudolf Hess in Wunsiedel und der neue § 130 IV StGB rechtmäßig sind und nicht die Versammlungsfreiheit und nicht die Meinungsfreiheit verletzen.

Das höchste deutsche Gericht hat zwar zugegeben, daß es sich bei diesem Gesetz nicht um ein allgemeines Gesetz, sondern um Sonderrecht handelt, daß dies aber ausnahmsweise mit den beiden Grundrechten in Einklang steht, weil das Grundgesetz geradezu als Gegenentwurf zu dem Totalitarismus des nationalsozialistischen Regimes gedeutet werden kann.

Seit dem 01.04.2005 begeht also eine Volksverhetzung nicht nur, wer zum Haß gegen Teile der Bevölkerung aufstachelt oder wer die Judenvernichtung leugnet oder verharmlost, sondern auch, wer die Würde der Opfer der nationalsozialistischen Gewalt- und Willkürherrschaft dadurch stört, daß er die nationalsozialistische Gewalt- und Willkürherrschaft billigt, verherrlicht oder rechtfertigt.

Der öffentliche Friede wird dann gestört, wenn die Öffentlichkeit von der Tat erfährt. Die Opferwürde wird verletzt, wenn eine Identifikation mit der nationalsozialistischen Rassenideologie erfolgt. Die nationalsozialistische Gewalt- und Willkürherrschaft wird bereits dann gebilligt, verherrlicht oder gerechtfertigt, wenn eine einzelne Person geehrt wird, die eine Symbolfigur ist (BVerfG aaO und BVerwG, Urteil vom 25.06.2008, Az. 6 C 21/07, zu finden in NJW 2009, 98). Wir kennen nicht alle Symbolfiguren der nationalsozialistischen Gewalt- und Willkürherrschaft. Wir wissen auch nicht, ob auch bestimmte Vorgänge symbolhaft sind und daher unter diese Strafvorschrift fallen. Wir wissen schon gar nicht, ab wann bereits eine Identifikation mit der nationalsozialistischen Gewalt- und Willkürherrschaft vorliegt.

Weitere Informationen unter:
www.deutsches-rechtsbuero.de

GEFANGENENLISTE

-n.G.- = neuer Gefangener, -n.A.- = neue Anschrift

Sylvia Stolz	Münchner Str. 33, 86551 Aichach
Horst Mahler	Anton-Saefkow-Allee 22, 14772 Brandenburg

Ausland und BRD-Postausland

Franklin Anthony	**# 125965; CCF; PO BOX 600; 81215 Canon City, CO.; USA -n.A.-**
Fröhlich Wolfgang	**Justizanstalt Hirtenberg, Leobersdorfer Str. 16, A - 2552 Hirtenberg -n.G.-**
Haselberger Xaver Franz	Justizanstalt Graz-Karlau, Herrgottwiesgasse 50, A-8010 Graz
Honsik Gerd	JVA-Simmering, Brühlgasse 2/A, A – 1110 Wien
Killen Edgar Ray	#112906, C.M.C.F., Unit 3 Max, PO Box 88550, Pearl MS 39208, USA
Melton Christopher	#1097949, Beto Unit, 1391 FM 3328, Tennessee Colony, Texas 75880 , USA
Priebke Erich	Associazione Uomo e Libertà, Sg. E. Priebke, Via Cardinal San-Felice N 5, I-00167 Roma
Scutari Richard	# 34840-080, U.S.P. CMU, P.O.BOX 1000, Marion, IL, 62959, USA
Trevor Thompson	#11434 - 1946, West U.S. Highway 40, Greenkastle, IN 46135, USA
Ron Bach Shelby	# 547789, Bill Clements Unit, 9601 Spur 591 Amarillo, TX 79107-9606 USA
Varela Petro	Centro penitenciario Brians 1, Apartado de Correos 1000, Martorell, E-08760 Barcelona
Vincent Reynouard	**Centre pénitencier de Valenciennes; N° d'écrou: 33034; 75 rue Lomprez; B.P. 455; F-59322 VALENCIENNES Cedex; France -n.A.-**

Briefkontakt wünschen

Bake Daniel	Gillstr.1 58239 Schwerte
Brandt Andreas	Lehmkietenweg 1, 15926 Luckau OT Duben
Diesner Kay	Marliring 41, 23566 Lübeck
Fischer Matthias	Markgrafenallee 49, 95448 Bayreuth
Hilbrecht Enrico	Anton-Saefkow Allee 22 c, 14772 Brandenburg
Kietz Bruce	Schnoggersburger Weg 1, 39599 Uchtspringe
Kreitmair Michael	Station F2,Haus 33/0,Postfach 1111, 83501 Wasserburg
Köhler Alexander	Deutzener Str. 80, 04565 Regis-Breitingen
Kurth Alexander	Am Fort Zinna 7, 04860 Torgau
Küstermann Torsten	Masurenstr. 28, 42899 Remscheid
Lehnertz Daniel	Weinstr. 100, 76889 Klingenmünster

Leipski Hendrik	Station 64 / Goslarsche Landstr. 60, 31135 Hildesheim
Milde Stefan	Madel 100, 39288 Burg
Müller Steve	Obere Sandstr. 38, 96049 Bamberg
Neubacher Martin	ZfP Reichenau (Haus 4) Feursteinstr. 55, 78479 Reichenau
Ockenga Christian	Ameos Klinikum, Knollstr. 31, 49088 Osnabrück
Onderka Markus	Alexander-Puschkin-Str 7, 99334 Ichtershausen
Rohrbach Christoph	Schönbornstr. 32, 76646 Bruchsal
Russer Alexander	Münchener Str. 29, 85435 Erding
Senglaub Sascha	Gartenstr. 4, 07958 Hohenleuben
Schulz Marcel	Werner-v.-Siemens-Str. 2, 92224 Amberg
Schmelzer Daniel	Augustenstr. 4, 93049 Regensburg
Schunke Philipp Marc	Schnedebruch 8, 31319 Sehnde
Stoll Christian	Möhlendyck 50, 47608 Geldern
Stolz Patrick	Kühlungsbornerstr. 29a, 18246 Bützow
Thaler Florian geb.21.06.1987 (Geburtsdatum mit angeben da es in der JVA zwei gibt)	Stadelheimerstr. 12, 81549 München
Theobald Rene	Seidelstr. 39, TA2, 13507 Berlin
Tobiasz Angelo	Dr. - Traugott-Benderstr. 2, 74740 Adelsheim
Wendt Marco	**Franzenshöhe 12, 18439 Stralsund -n.G.-**
Wichmann Rene´	Robert-v.-Osterlag-Str.2, 14163 Berlin
Wirth Mathias	Biggeweg 5-7, 57439 Attendorn
Zitzlaff Markus	Faeschstraße 8-12, 24114 Kiel
Zollonds Dirk	JVA Lauerhof, Marli-Ring 41, 23566 Lübeck
Zunner Frank	Mannerstr. 6, 90429 Nürnberg



!!! ACHTUNG !!!

Bitte bezüglich der Bankverbindung
unbedingt die Beilage der März Ausgabe beachten.
ALS ZWECK NUR DEN NAMEN & DIE SUMME ANGEBEN
!!! Bei Fragen unbedingt melden. !!!

BRIEFE AN DEN VORSTAND

Wichtig: *Die hier veröffentlichten Briefe an den HNG-Vorstand geben nicht unbedingt die Meinung des Herausgebers bzw. Schriftleiters wieder. Namentlich gekennzeichnete Schreiben werden von den Verfassern verantwortet. Grundsätzlich gelten alle Schreiben an die Schriftleitung als Leserzuschriften, es sei denn, es ist ausdrücklich etwas anderes vereinbart.*

Brief von Daniel

Hallo liebe Ursel, lieber Kurt,

ich danke Euch für Euren Brief, über den ich mich sehr gefreut habe und der mir neuen Mut gegeben hat. Des weiteren danke ich Euch für die Grüße zum Julfest und für die besten wünsche für das Kampfjahr 2011.

Ich habe das neue Kampfjahr gleich mit einem neuen Gefecht angefangen, ich klage nun beim Landgericht Hagen gegen die Anstalt, wegen der nichtrechtmäßigen Beugung des Artikels 5 des Grundgesetzes.

Dieser besagt, daß jeder Bürger der BRD das Recht hat, sich frei – ergo ohne Zensur – aus freizugänglichen Quellen zu informieren. Dieses Grundgesetz behält ja auch für uns politische Gefangene seine Gültigkeit – das Wissen diese Schergen der Zensur auch -, nur leider ist es so das dies niemand hier tangiert.

Das Grundgesetz ist nur in zwei Punkten für einen Gefangenen vorübergehend außer Kraft gesetzt, das wäre zum einen der Artikel der die „Freizügigkeit“ rechtswirksam bestimmt und zum anderen der Artikel der sich mit dem Postgeheimnis (Anti-Zensur-Gesetz) auseinandersetzt. Von einer Verfassung wollen wir hier gar nicht reden, denn die gibt es in der BRD immer noch nicht!

Wie das Grundgesetzt es schon selbst besagt:

„Dieses Grundgesetz, wird dann unwirksam, wenn ein freies deutsches Volk sich selbst eine Verfassung gibt.“ oder so in etwa ... die Kernaussage ist dieselbe. Dieses System ist einfach nur lächerlich!

Wieviel Volksgenossen und auch Angehörige anderer Völker unter diesem Regime leiden müssen ... Nun ja, der Kampf geht weiter!

Ach ja, ich danke Euch auch für alles anbei zugesandte, z.B. die Karten welche sehr gut waren!

Werde Euch das alles nie vergessen, ohne Eure Hilfe wäre mein momentaner Zustand, der schon oft sehr belastend ist, noch schlimmer. Ja, an mir geht diese ganze Repression weiß Gott nicht spurlos vorbei, aber Aufgeben werde ich nicht, niemals – unsere Nachfahren könnten es nicht verstehen und würden uns niemals als ihre Ahnen anerkennen, wenn wir jetzt diese Zustände akzeptieren!

Nichts für uns, aber alles für ein freies Deutschland in einem Europa der Vaterländer! Dafür müssen wir bereit

und fähig sein, aber wenn ich unsere „Bewegung“ – alleine das ist ein Witz, denn eine Bewegung wie 1933 sind wir lange nicht – so betrachte, wird mir klar, daß wir zuerst einmal anfangen müssen unser Handeln und Denken den „neuen“ umständen anzupassen.

Es gibt soviel daß anders oder erstmal überhaupt angegangen werden müßte, daß Thema würde aber den Rahmen dieses Briefes sprengen und außerdem glaube ich daß ihr wißt was ich meine …

Ich möchte Euch nur mitteilen daß Ihr nicht alleine dasteht und es noch mehr gibt die Fehler und Feinde in den eigenen Reihen erkannt haben und des weiteren den Mut besitzen dies zu propagieren und – wenn nötig alleine – bereit sind diese Behinderungen abzuschalten – mit größter Härte!

Mit unserem Gruß
Euer Daniel

Brief von Daniel D.

Hallo liebe Ursel,

als ich gestern vom Transport aus Kempten zurückkam hat mich deine Feldpost erreicht wofür ich mich recht herzlich bedanke und mich sehr gefreut habe, das schöne Bild auf der Rückseite hat gleich einen Ehrenplatz an meiner Wand gefunden.

Vielen Dank auch für die nachträglichen Wünsche zu meinem Wiegenfest, wo ich nun fest hoffe das es jetzt dann mal das letzte hier im ZOG sein wird. Ich bin jetzt seit Ende 2001 in

SOLIDARITÄT

Weltweite Organisationen für nationale politische Gefangene:



Frankreich
Collectif d´ Entraide
aux Prisonniers
Europeens (C.E.P.E.)
B.P. 4-7187
F- 30914 NIMES
cedex 2

Spanien
Alternativa Europea
Ap. correos 877
08080 Barcelona

Serbien
SF/RGJ
P. Fah 138
35000 Jagodina

Neuseeland
Western Destiny
P.O. Box 1627
Parap. Beach

U.S.A.
Thule Publication
PO Box 4542
Portland OR 97208

Liberty Rights Advocates
PO Box 713
JOHNSTOWN
OH 43031 USA

Australien
Australian R.M.
PO Box 2047
Rockingham WA 6168

französisch-amerikanische Gefangenenhilfsgruppe
National Alliance
P.O. Box 90, Hillsboro, WV 24946
www.natall.com

Haft, ich habe nur durch meine feste unzerstörbare Einstellung und unentbehrliche Liebe und Treue zu meinem Vaterland damals eine Jugendstrafe von 9 ½ Jahren bekommen und das obwohl ich das Land nur von einem Kinderschänder befreien wollte, heißt es „Im Namen des Volkes" da habe ich schon zum Richter gesagt, aber bestimmt nicht im Namen des deutschen Volkes.

Mein Großvater war früher in Bad Tölz bei den Werwölfen und er wird jetzt in Walhalla sitzen und sich schon gar nicht mehr trauen auf unser Land zu schauen wo die falsche Politik den ganzen Idealismus kaputt macht, wenn wir irgend wo ins Ausland gehen und uns so aufführen würden, würde man uns ja erschießen.

Und wie die hier bei uns schön Sozialhilfe kassieren für Frau und 10 Kinder wo 9 davon irgendwo in Timbuktu leben.

Mein Großvater brachte mir drei wichtige Dinge bei, Stolz, Treue und Ehre und diese drei Dinge werde ich bis zu meinem Tod, Leben und verteidigen und an meinen Träumen arbeiten.

Ich bin so wie ich bin und fahre nur auf einer Schiene und da geht es nie nach links.

In diesem Sinne hoffe ich bald von Dir zu hören und noch die besten Wünsche für das neue Jahr.

Mit volkstreuen Grüßen
Daniel D.

In Treue fest

Brief von Mathias

Liebe Ursel, lieber Kurt,

ich habe heute eure Marken und die Karten bekommen. Des weiteren habe ich einen Brief geöffnet und nicht diese Systemvasallen, die sich wegen jeder nationalistischen Äußerung in die Uniform pinkeln. Nein eine Postkontrolle gibt es hier nicht, es sei denn es besteht ein Verdacht auf Straftaten. Bei mir ist es nicht so. Glaubt mir, der Tag unserer „Erlösung" ist nicht mehr weit. Auch ein sattes Volk begehrt auf. Und langsam sehen sich auch unsere Feinde in Gefahr. Die Gefahr liegt LINKS!!! Es ist an der Zeit unseren Kampf gezielt auf die Straße zu verlagern. In den Parlamenten wird schon lange nichts mehr bewegt.

Mit den Kameraden aus Geldern stehe ich noch heute in Kontakt. Ebenso mit den Leuten, die ich durch die HNG kennengelernt habe. Und nochmals Dankeschön für eure Hilfe bei meinen Problemen.

Ich verbleibe mit lieben Grüßen.
Euer Mathias

Brief von Jaime

Erneut meinen Dank für euren Brief und die Beilagen welche ich mit großer Freude erhalten habe, auch für die ganzen Teuro vielen Dank.

Deinen Ausführungen kann ich mich ausnahmslos anschließen es ist typisch für ein Regime das im Inbegriff ist unterzugehen blind und wahllos auf alles Nationale einzuschlagen.

Um potentielle Gegner auszuschalten ist ihnen wohl jedes Mittel in der Durchführung recht, so muß es nicht wundern das der Staat sich auch der primitivsten hetze hingibt, denn Bismarck sagte einst ja schon; „Wem die Mittel des Geistes ausgegangen sind, der hat nie wirklich welche besessen", was wohl Angesicht der Zustände, aktueller und treffender den je erscheint.

Das brD Winkelkartell hat sich durch Lug und Trug die Macht erschlichen und versucht demnach sich diese mit allen ihnen zur Verfügung stehenden Möglichkeiten, insbesondere mit Hilfe der Medienmafia natürlich zu sichern und wenn das bedeutet daß Einzelpersonen oder auch Vereine über die Klinge springen müssen, so nehmen sie das billigend in Kauf da ihnen letztendlich nur der „schnöde Mammon" und nicht die Interessen des Volkes, dem sie vorgeben zu dienen, wichtig ist, was sich umgangssprachlich wohl als „wehrhafte Demokratie" bezeichnen läßt, welche gegen daß eigene Volk angewandt wird wo man nur noch hoffen kann daß Deutschland / Europa erwacht und diesem zionistischen Paragraphenterror ein für alle mal ein ende bereiten wird.

Die Nachricht von Th. Brehl seinem Tod hat mich auch sehr getroffen, da dieser mehr als unerwartet eintrat, so haben wir einen weiteren Streiter für Deutschland und für deutsche Gerechtigkeit verloren, dieser wie der Verlust von Herrn Rieger ist wirklich schmerzlich, sie mögen in Frieden ruhen. Ich hoffe daß es uns gelingt ihr großes Erbe (vor allem geistige) anzutreten und in Ehrenhaften Andenken fortzuführen.

Derzeit befinde ich mich auch in einer Disziplinarstrafe (Einschluß) da ich während des Hofganges gegrinst habe, nahm dies ein kommunistischer Kulturbereicherer zum Anlaß mir ins Gesicht zu schlagen, von seiten der Anstalt unterstellte man mir ich würde die Fremdartigen provozieren und stelle für die eine erhebliche Gefahr an Gesundheit und Leben dar, so rechtfertigt man diese „Strafsanktion" mit meiner angeblichen Unberechenbarkeit, es ist fast schon lächerlich was so manchem einfällt um mir das Leben zu erschweren, aber ehrlich gesagt soll es mir recht sein, so muß ich sie wenigstens nicht sehen und es ist einfacher jeglichen Kontakt zu meiden.

Habe noch mal nachgefragt, mein Endstraftermin ist der 18.4. (welch ein glücklicher Zufall), wir würden euch beizeiten dann auch gerne mal besuchen, ich muß nur wissen wann es euch dann recht wäre?

„Neues aus der Anstalt", was mir im Augenblick sehr recht ist. Gut liebe Ursel und Kurt, euch von Herzen nur das Beste. Bis demnächst ..

Für Volk und Vaterland
Euer Jaime



Unsere diesjährige Jahreshauptversammlung wird voraussichtlich im Sommer stattfinden. Nähere Informationen werden noch bekannt gegeben.



Das Rechtsbüro informiert: § 223 StGB

Entschädigung von Opfern extremistischer Übergriffe

Erfreulicherweise erhalten Opfer von extremistischen Übergriffen seit dem 01.01.2010 staatliche Unterstützung. Zu diesen Übergriffen gehören dabei nicht nur rechtsextremistische und antisemitische, sondern auch linksextremistische, islamistische und sonstige extremistische Übergriffe.

Das Opfer z.B. eines linksextremistischen oder islamistischen Übergriffs erhält als Härteausgleich eine Geldentschädigung für Körperschäden und für Verletzungen des allgemeinen Persönlichkeitsrechtes, also Schmerzensgeld und Schadensersatz durch Unterhaltsschäden und Nachteile beim beruflichen Fortkommen - nicht aber für Sachschäden.

Das Opfer muß zu diesem Zweck einen Antrag auf Gewährung eines Entschädigung beim Bundesamt für Justiz, Referat III 2, 53094 Bonn stellen, - oder über die Internetseite www.bundesjustizamt.de – und dort unter der Spalte „Strafrecht“ – Stichwort „Härteleistung/Opferhilfe“.

Außerdem müssen Belege beigefügt und begründet werden, warum es sich z.B. um einen extremistischen Übergriff handelt. Der Staat gewährt dann nach Billigkeitsgründen eine Entschädigung und verlangt das Geld im Rückgriff vom Schädiger zurück, trägt also zum Beispiel das Risiko der Zahlungsunfähigkeit des Schädigers.



Das Deutsche Rechtsbüro bittet daher um folgendes:

1) Wenn Sie Opfer z.B. eines linksextremistischen oder islamistischen Übergriffs seit dem 01.01.2010 geworden sind, erstatten Sie deswegen bei der Staatsanwaltschaft Strafanzeige.

2) Gehen Sie außerdem unverzüglich nach der Tat zum Arzt und lassen Sie Ihre Körperschäden in einem Attest festhalten.

3) Dokumentieren Sie alle Schäden, zum Beispiel durch Urkunden, Fotos, Zeugenaussagen, und heben Sie diese Beweismittel auf.

4) Stellen Sie dann einen Antrag auf Entschädigung beim Bundesamt für Justiz.

5) Senden Sie uns Entscheidungen und Meldungen zu diesem und anderen juristischen Fragen für unser Archiv.

Das Rechtsbüro informiert: § 130 StGB

Die Ablehnung des „Bombenholocaust" ist erlaubt

Immer wieder gab es Schwierigkeiten, Strafverfahren oder Verbote, wenn jemand die Bombardierung deutscher Städte im Zweiten Weltkrieg als „Bombenholocaust" bezeichnete.

Wir können nun von zwei Entscheidungen berichten, in denen festgestellt wurde, daß dieses Wort keine Volksverhetzung und keine Verharmlosung der Judenvernichtung und keine Opferwürdeverletzung ist.

Der Bayerische Verwaltungsgerichtshof durch Beschluß vom 26.02.2010, Az. 10 CS 10.412, - Archiv-Nr. 59N10 – und das Landgericht Trier durch Beschluß vom 09.03.2010, Az. 8033 Js 11972/09.5 Kls – Archiv-Nr. 59O10 – haben so geurteilt und dies mit dem Hinweis auf die Meinungsfreiheit des Art. 5 GG und unter anderem folgendermaßen begründet:

„Es ist nicht zwingend davon auszugehen, dass derjenige, der die Bombenangriffe kritisiert, gleichzeitig auch die Verbrechen des nationalsozialistischen Regimes billigt und gutheißt…

Der Begriff „Holocaust" wird nicht nur im Zusammenhang mit den Verbrechen an Juden und anderen Personengruppen durch die Nationalsozialisten verwendet.

Er findet – möglicherweise in geschmackloser Weise – auch in anderem Zusammenhang Anwendung. Eine zwingende Verharmlosung des nationalsozialistischen Regimes ist damit nicht verbunden."

Das Deutsche Rechtsbüro bittet daher um folgendes:

1) Verhalten Sie sich friedlich und gesetzestreu.

2) Wenn Strafverfahren oder Verbote gegen Sie wegen der Benutzung des Wortes „Bombenholocaust" eingeleitet oder verhängt werden, legen Sie Rechtsmittel bis zur letzten Instanz ein.

3) Fordern Sie die oben genannte Entscheidung aus unserem Archiv an.

4) Senden Sie uns Gerichtsentscheidungen und Meldungen zur Meinungsfreiheit und zu anderen juristischen Fragen für unser Archiv.

<u>Es ist nur so gut und so aktuell, wie es von Ihnen die entsprechenden Nachrichten erhält!</u>

Verfaßt und selbst hergestellt von
Klaus-C. Holmar

Deutsches Rechtsbüro im Deutschen Rechtsschutzkreis e.V.,

Postfach 400 215, 44736 Bochum

www.deutsches-rechtsbuero.de

Wenn plötzlich die Rente weg ist

... dann hat sie der Staat kassiert - wann ist es bei uns soweit

Die USA, das war in den letzten Wochen sogar gelegentlich in den deutschen Fernsehnachrichten zu hören, sind praktisch bankrott. Zwar verschwand das händeringende Eingeständnis von US-Finanzminister Timothy Geithner rasch wieder aus den Schlagzeilen. Tatsache ist aber, daß sich die USA auf das Schlimmste vorbereiten. Und das könnte auch Auswirkungen auf die Zustände hierzulande haben.

Will man den üblicherweise >gut informierten< Kreisen glauben, dann brütet die US- Regierung derzeit einen Plan aus, wie die staatlichen Renten für Millionen amerikanischer Beamter im Ruhestand kassiert werden können. Hintergrund ist, daß sich die USA einer >Deckungslücke< in Höhe von unglaublichen 2,5 bis 3,2 Billionen Dollar bei ihren Pensionszusagen gegenüber sehen. Das bedeutet nichts anderes, als daß das Geld fehlt, um die Renten auszubezahlen. Folgt man der New York Times, laufen längst Geheimgespräche zwischen der Washingtoner Administration und einer Reihe von Bundesstaaten darüber, wie sich die Rentenzusagen am bequemsten kassieren lassen.

Der drohende Renten-Crash ist aber nicht so weit weg, wie es zunächst aussieht. Denn auch in fünf EU-Staaten werden in diesen Wochen klammheimlich Pläne gewälzt, um an das Geld der Rentner zu kommen. Bulgarien, Polen, Irland, Frankreich und Ungarn haben in den letzten Wochen mehr oder weniger offiziell angekündigt, Teile oder gleich die komplette private (!) Altersvorsorge ihrer Bürger zu beschlagnahmen, um mit dem Geld Löcher im Staatshaushalt zu füllen.

In Bulgarien sickerten erste diesbezügliche Gerüchte im Oktober 2010 durch. Im Bankrott-Staat Irland ging man wenige Wochen später, im November, einen Schritt weiter und verstaatlichte die Milliarden-Ersparnisse der Bürger kurzerhand.

Einen kreativen Sonderweg ging Polen. Dort wurde beschlossen, daß die Rentenbeiträge der Bürger neu verteilt werden - in die staatliche Rentenkasse fließt jetzt mehr Geld, in die private weniger. Die betroffenen Bürger können sich gegen solche Winkelzüge natürlich nicht wehren.

Nachdenklich sollte stimmen, daß in den bundesdeutschen Medien über die klammheimliche Verstaatlichung der Altersvorsorge in unseren Nachbarländern eisiges Schweigen herrscht.

Dabei pfeifen die Spatzen längst von den Dächern, daß Deutschland in Sachen Verschuldung gute Chancen auf einen europäischen Spitzenplatz hätte. Bundesfinanzminister Schäuble, der ewig mißgelaunte Mann im Rollstuhl, hat vermutlich längst einen passenden Gesetzentwurf in der Schublade.

Quelle: EURO-KURIER 2/2011
www.grabert-verlag.de

»Das Ganze - kehrt marsch! «

Wie Guttenberg die Bundeswehr ruiniert
Das Memorandum des Oberstleutnants a.D. Alfred Zips

Bei der Bundeswehr gärt es, und der Bundesverteidigungsminister, Deutschlands bestgegelter Minister aller Zeiten, bekommt Druck. Das ist auch gut so. Denn in seiner Medienverliebtheit hat Mister >Top Gun< in den letzten Wochen einige böse Schnitzer hingelegt.

In unguter Erinnerung ist die handstreichartige Entlassung des Kapitäns der >Gorch Fock<, Norbert Schatz.

Alles, was auf dem renommierten Segel-Schulschiff der Bundesmarine in den letzten Jahren vorgefallen sein soll, wird kurzerhand dem verantwortlichen Offizier angehängt, und damit basta. Schatz, so berichteten die Medien, bekam angeblich nicht einmal Gelegenheit, zu den gegen ihn erhobenen Vorwürfen Stellung zu nehmen. Statt dessen ließ der Verteidigungsminister seine Ablösung einfliegen, und Schatz soll als Entmachteter die lange Schiffsreise zurück nach Deutschland mitmachen: eine Demütigung, die einer unehrenhaften Entlassung gleichkommt.

Die Mannschaft der >Gorch Fock< solidarisierte sich also nicht zu Unrecht mit ihrem Kapitän, als sie dem naßforschen >IBUK< (Inhaber der Befehls- und Kommandogewalt) einen geharnischten Brief schrieb und darin so ziemlich alles dementierte, was die Medien dem Schiff und seiner Mannschaft in den letzten Wochen andichteten: Es gab keine sexuellen Belästigungen durch Vorgesetzte, keine Schinderei, keine Meuterei.

Dabei sind die Vorgänge um die >Gorch Fock< nur die Spitze des Eisbergs, und der Gerechtigkeit halber ist zu sagen, daß zu Guttenberg nicht für alles die Verantwortung trägt - für einiges aber schon. Zum Beispiel für eine in der Geschichte der Bundeswehr beispiellose >Reform< der Truppe, die zur Jahreswende dazu geführt hat, daß als erstes die Wehrpflicht »ausgesetzt« wurde. Doch das ist nur die bürokratisch-verharmlosende Umschreibung dafür, daß die Tage der Wehrpflicht- Armee in Deutschland gezählt sind. Und wie hatten sich nicht alle noch vor wenigen Monaten demonstrativ dafür ausgesprochen. . .

Jetzt ist die Wehrpflicht weg, und sie wird, wenn es nach zu Guttenberg und seinen transatlantischen Einflüsterern geht, auch nicht wiederkommen. Denn für die Aufgaben der Bundeswehr in der globalisierten Weltordnung des 21. Jahrhunderts braucht es kein Volksheer mehr, sondern Söldner.

Auch aus den Reihen der Truppe sind neuerdings Widerworte zu hören. Seit kurzem sorgt in- und außerhalb der verbliebenen Kasernenmauern ein Memorandum aus der Feder von Oberstleutnant a.D. Alfred E. Zips für Gesprächsstoff. Unter dem Titel »Von der Verteidigungs- zur Interventionsarmee« umreißt der langgediente Berufssoldat darin nicht nur den politi-

schen Kurswechsel der Bundeswehr, sondern geht auch mit ihren Folgen harsch ins Gericht:

»Ohne erkennbare Aufmerksamkeit der Bevölkerung hat Verteidigungsminister von Guttenberg einen fundamentalen (von der FDP seit vielen Jahren geforderten) Systembruch eingeleitet: Nach 54 Jahren wird die Wehrpflicht in Deutschland de facto zum 1. 7. 2011 abgeschafft. Gleichzeitig wird die Bundeswehr von derzeit 250 000 auf eine Personalstärke zwischen 155 000 (Vorschlag Guttenberg) und voraussichtlich etwa 180 00 reduziert.

Die dazu notwendige Mehrheit im Bundestag ist sicher. Das in der Vergangenheit so oft beschworene unverbrüchliche Bekenntnis zur Wehrpflicht (vor allem durch die Union!) wird unter dem fadenscheinigen Vorwand notwendiger finanzieller Einsparungen dem politischen Kalkül (besser: Opportunismus!) geopfert. Neben dem Zwang zu Einsparungen- die Armee war von Anfang an stets unterfinanziert und erreichte zu keinem Zeitpunkt die Vorgaben des Bündnisses - wird als wichtiger Grund daraufhingewiesen, daß wir ja mittlerweile nur von Freunden umgeben, also keiner direkten Bedrohung wie bis 1990 ausgesetzt, seien.

Deshalb brauche man ebenso wie die anderen europäischen Staaten kein Massenheer mehr. Es sei nun die Zeit gekommen für eine >Friedensdividende<, und Truppenstärken und Verteidigungshaushalt könnten nun drastisch reduziert werden. Noch hat von Guttenberg sein endgültiges Konzept für die neue Bundeswehrstruktur und die damit verbundenen neuen Einsatz Strategien nicht vorgelegt. Nachstehend einige Gedanken aus der Sicht des ehemaligen Berufsoffiziers, der außerordentlich gute Erfahrungen mit allen (!) wehrpflichtigen Jahrgängen der Bundeswehr gemacht hat.

1 Nach Berechnungen von Experten würde die Beibehaltung der Wehrpflicht (auch unter dem Gesichtspunkt der Gerechtigkeitsdefizite) rund 2 Milliarden Euro pro Jahr kosten, also etwa 5 Prozent des derzeitigen Verteidigungshaushaltes. Zum Vergleich: Die mit Recht umstrittene Reduzierung der Mehrwertsteuer für die Gastronomie kostet den Staat mehr als 1 Milliarde Euro pro Jahr.

2 Die Wiederaufwuchsfähigkeit der Bundeswehr geht verloren. Ein Wiederaufbau der Streitkräfte - so General a.D. G. Schultze-Rhonhof in nennenswertem Umfang würde etwa 10 (!) Jahre dauern. Wer garantiert uns, daß wir in dieser Zeit weder bedroht noch angegriffen werden? Alle großen Umbrüche des letzten Jahrhunderts ließen sich frühestens 2 Jahre vorher erkennen, einschließlich der beiden Weltkriege. Der amerikanische Verteidigungsminister Gates hat jüngst die Abschaffung der Wehrpflicht in den USA als einen schweren Fehler bezeichnet. Er sieht keine Chance, sie wieder einzuführen. In der Bundesrepublik darf man solches völlig ausschließen.

3 Die USA, unsere sicherheitspolitisch unberechenbare Führungsmacht, kann sich zu jederzeit wieder irgendwo in der Welt einmischen und unse-

ren Loyalitätsbeitragverlangen, der von uns mit einer Freiwilligenarmee in Anbetracht der Macht- und Abhängigkeitsverhältnisse wohl kaum abgelehnt werden dürfte. Zudem ist ein Ende der NATO- (Ost-) Erweiterung nicht abzusehen. Wer will garantieren, daß sich damit nicht neue Risiken ergeben?

4 Weitgehend unberücksichtigt blieb bisher die Frage der Nutzung oder des Verkaufs von Kasernen und Standortübungsplätzen, vor allem aber das Austrocknen unserer auf höchstem Stand befindlichen wehrtechnischen Industrie (Kampfpanzer, U-Boote usw.), was nicht ohne Folgen für die Wirtschaft bleiben kann.

5 Es gibt berechtigte Zweifel, ob sich in dem neuen, freiwilligen System genügend qualifizierte junge Männer für den Dienst in den Streitkräften entscheiden werden. Es ist vielmehr zu befürchten, daß sich für den >Job Bundeswehr vor allem die entscheiden werden, die sonst nur geringe oder keine Chancen haben! (Die soziale Struktur der US-Armee ist ein eher abschreckendes Beispiel.)

Seit Beginn der Aufstellung der Bundeswehr rekrutierten sich mindestens 50% der längerdienenden Zeit- und Berufssoldaten aus jeweiligen wehrpflichtigen Jahrgängen. Sie wurden gezielt angesprochen und nach Eignung und Leistung ausgewählt.

Dabei lag das Hauptaugenmerk stets auf der Ausbildung oder Qualifikation zum Unteroffizier oder Offizier. Diese >handverlesenen< Längerdiener waren in der Regel auch deutlich besser als diejenigen, die über die Freiwilligenannahmestellen geworben wurden. Eine Tatsache, die die genannten Zweifel erheblich verstärkt.

6 Sicherheit wird eine bezahlte Dienstleistung ohne gesellschaftliches Prestige. Die Bezahlung ist zwar nicht schlecht, wird aber mit Blick auf zu erwartende zukünftige Konflikte immer weniger dem zunehmenden Lebensrisiko entsprechen. Das wird sich vermutlich auf die Dauer eher sehr negativ auf den Nachwuchs auswirken.

7 Es ist zu befürchten, daß die >neue< Bundeswehr noch weniger als bisher in der Öffentlichkeit wahrgenommen wird; das freundliche Desinteresse< (so Ex-Präsident Köhler) wird zunehmen. Auf Sicht wird die Bundeswehr noch stärker als bisher vom >Staatsvolk< entfremdet und kann damit eines Tages auch leichter gegen das eigene Volk eingesetzt werden!

8 Letztlich besteht die Gefahr, daß sich die Bundeswehr, vorwiegend rekrutiert aus dem Prekariat, zu einer >Söldnerarmee< entwickelt, einsetzbar in jedem Krisengebiet der Welt. Ist das gar politisch gewollt?

9 Mit Blick auf die katastrophale demographische Entwicklung unseres Volkes im Vergleich zu den Perspektiven des >Youth Bulge< (Jugendüberschuß z. B. in den muslimischen Ländern) schicken wir das einzige Kind einer deutschen Mutter nach Afghanistan, wo eine Frau im Schnitt sieben Kinder hat, ein unerschöpfliches Reservoir für den Krieg (der auch aus diesem Grund nicht gewonnen wer-

den kann.) Das muß nicht weiter erklärt werden!

Zusammenfassend kann aus meiner Sicht von den Absichten der Bundesregierung, die Bundeswehr, unter gleichzeitiger Aufgabe der Wehrpflicht, drastisch zu reduzieren und neu zu strukturieren, folgendes gesagt werden: Die bisher diskutierten Modelle zur Struktur und Ausstattung der Bundeswehr haben eines gemeinsam:

Die Fähigkeit zur kollektiven Landesverteidigung im Rahmen der NATO wird aufgegeben, die verbleibenden 150 (!) Kampfpanzer haben nur noch symbolischen Wert. Die Geschichte lehrt, daß eine kleine Armee nie Sicherheit gewährleistet. Die Bundeswehr der Zukunft ist nur noch bedingt, wenn überhaupt, zur Verteidigung des Landes fähig. Bekommen wir also eine reine Interventionsarmee, ohne den unverzichtbaren Rückhalt in Staat und Gesellschaft? Eine Armee, die sich nicht voll und ganz - geistig, seelisch, physisch - mit ihrem Auftrag identifizieren kann und nicht in jeder Hinsicht von Politik und Volk gestützt und getragen wird, taugt nichts.

Weder Offiziere noch Soldaten haben die Eigenschaft von Zugtieren, die man gestern vor eine Kanone, heute vor einer Karre und morgen vor einen Leichenwagen spannen kann. Die Frage, die sich mir stellt, lautet: Welche Aufträge wird die - neue - Bundeswehr der Zukunft erhalten? Werden diese vorrangig unseren nationalen Interessen dienen, und wie werden die definiert? Ob die Politik dazu bereit sein wird, darf nach den Erfahrungen der Vergangenheit bezweifelt werden. Quo Vadis, Bundeswehr!«

Das sind Argumente, denen man schwer widersprechen kann - allerdings alles Argumente, die von der politischen Führung unseres Landes vermutlich bewußt einkalkuliert sind. Denn in der globalisierten Weltordnung des 21. Jahrhunderts soll es tunlichst keine Streitkräfte mehr geben, die im Notfall die Souveränität und das Selbstbestimmungsrecht eines Landes auch militärisch zu verteidigen imstande sind. Die Welt-Innenpolitik des 21. Jahrhunderts kennt nur noch Welt-Polizeitruppen, die letzte Widerstände auf dem Weg zur >One World< mit Waffengewalt planieren sollen.

Der Oberstleutnant a.D. Alfred E. Zips wird schwerlich der einzige Offizier in Deutschland sein, dem der Umbau der Bundeswehr unter Minister zu Guttenberg nicht geheuer ist. Jetzt bleibt abzuwarten, welche Kreise sein Memorandum zieht.

Anton Vergeiner
Quelle: EURO-KURIER 2/2011

Am 01. Mai 2011 ist „Polen offen“

Am 01. Mai 2011 öffnet sich das Einfallstor nach Deutschland für osteuropäische Billiglöhner.

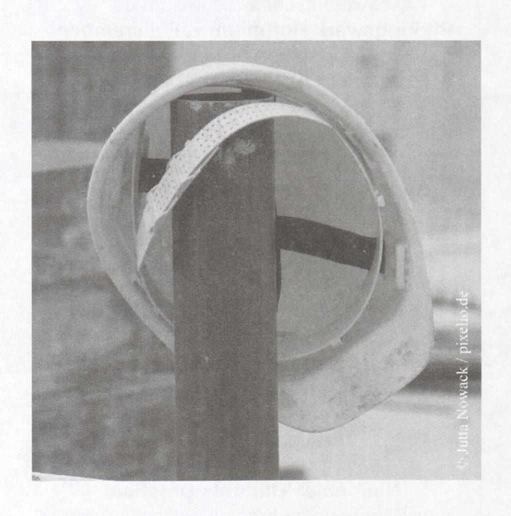
Dann fallen nämlich sämtliche Arbeitsmarktbeschränkungen für EU-Neumitglieder, und es tritt auch für Polen und Tschechen die volle Arbeitnehmerfreizügigkeit ein. Somit können EU-Ausländer aus ganz Osteuropa hierzulande uneingeschränkt - nicht nur im grenznahen Raum - zur Lohndrückerei in einheimischen Unternehmen herangezogen werden.

In der Reportage „Niedriglohn Made in Germany“ von Report München hieß es vor kurzem: „Polnische Arbeitsmarktexperten rechnen mit einer halben Million Arbeiter, die in Deutschland anheuern könnten.“

Laut einer aktuellen Umfrage der polnischen Tageszeitung „Gazeta Wyborcza“ warten bereits jetzt schon über eine halbe Million Polen in den Startlöchern, die beabsichtigen, ab dem 1. Mai in der BRD auf Arbeitssuche zu gehen.

Darauf bereiten sich profitgierige Zeitarbeitsfirmen schon seit längerem vor und gründeten bereits Niederlassungen in Polen. Ihr Vorteil liegt klar auf der Hand: mit polnischen Billiglöhnern können gegenüber jedem deutschen Zeitarbeiter über fünf Euro die Arbeitsstunde eingespart werden!

Spätestens jetzt dürfte jedem klar sein, warum sich die globalisierungsgeilen


© Jutta Nowack / pixelio.de

Bonzen aus Politik und Wirtschaft für die totale Grenzöffnung stark machen.

Die volkstreue Bewegung hat schon lange vor der schleichenden Grenzöffnung mit Beginn am 01. Mai 2004, in fast schon hellseherischer Art und Weise, das drohende Szenario von Lohndrückerei in einem unverhältnismäßigen Konkurrenzkampf vorrausgesagt.

Es kann also keiner sagen, er habe es nicht kommen sehen!

Alle Deutschen, die auch in Zukunft zu menschenwürdigen Bedingungen und Löhnen in ihrer Heimat arbeiten und leben wollen, sind aufgerufen, gegen das herrschende System und die herrschenden Parteien Widerstand zu leisten.

Denn nur in einem freien Deutschland werden gerecht bezahlte Arbeitsplätze für Deutsche erhalten und geschaffen!

VERNETZUNG

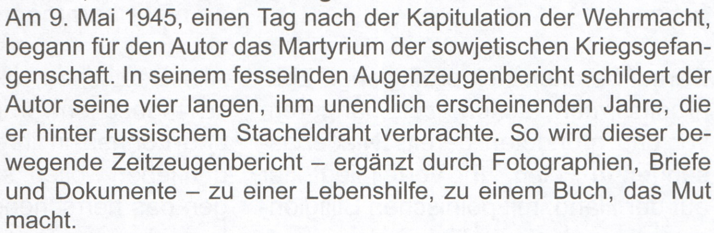
Deutsches Rechtsbüro
www.deutsches-rechtsbüro.de
Bildungswerk Hoffmann v. Fallersleben
www.fallersleben-bildungswerk.de
Exilstaat VODR (GDO, NDO, StDO)
www.vodr.net
Informelle Vernetzung für den Widerstand im Norden
www.netzwerknord.com
Deutschherrenklub
www.deutschherrenklub.bravehost.com
Freies Pommern
www.freies-pommern.de
Gemeinschaft Deutscher Frauen
www.g-d-f.de
Aktionsbündnis Mitteldeutschland
www.nwbb.org
Arbeitskreis Computertechnik im Freistaat Preußen
www.preussen.forum8.biz
Nationales Bündnis Dresden
www.nationales-buendnis-dresden.de
Nordisches Hilswerk
www.nordischeshilfswerk.org
NPD-Wetterau
www.npd-wetterau.de
NPD-Mecklenburg und Pommern
www.npd-mv.de
Bücherherold
www.buecherherold.com
Lausitz Infos
www.lausitz-infos.net
UN Nachrichten
www.un-nachrichten.de
Freier Widerstand Bergisches Land
www.fw.nationales-netz.com
Nordland Verlag
www.nordland-verlag.com
FNSI
www.fsni.info
NPD Siegen
www.npd-siegen.de
Nationalisten Senftenberg
www.senftenberger.blogspot.com
AfP Kommentare
www.afp-kommentare.at

BUCHEMPFEHLUNGEN



Murawski, Der Kampf um Pommern
Diese umfangreiche und detailgenaue Dokumentation behandelt die Eroberung Pommerns durch die Rote Armee von Januar 1945 bis zur Kapitulation im Mai 1945. Murawski gelingt es, die verzweifelten, erbittert-harten und außerordentlich verlustreichen Abwehrkämpfe der deutschen Truppen anschaulich zu machen.
Art.Nr.: PD-02513 EURO 24,80,-


Scholz, Als nur die Hoffnung blieb


Am 9. Mai 1945, einen Tag nach der Kapitulation der Wehrmacht, begann für den Autor das Martyrium der sowjetischen Kriegsgefangenschaft. In seinem fesselnden Augenzeugenbericht schildert der Autor seine vier langen, ihm unendlich erscheinenden Jahre, die er hinter russischem Stacheldraht verbrachte. So wird dieser bewegende Zeitzeugenbericht – ergänzt durch Fotographien, Briefe und Dokumente – zu einer Lebenshilfe, zu einem Buch, das Mut macht.



Art.Nr.: PD-02474 EURO 14,95,-

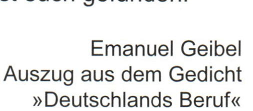
Zu bestellen beim Pommerschen Buchdienst
Pasewalker Str.36 - 17389 Hansestadt Anklam
Tel. & Fax 03971/241533 - Mobilfunk 0175/2505352
Weltnetz: www.pommerscher-buchdienst.de

SCHWARZE LISTE

Birkenstock Sabine
Drobnak Steffen
Eichhorst Doreen
Ernst Olaf
Failenschmidt Steffen
Gansel Manuel
Gebhard Uwe
Huter Simon
Hofer Christoph
Kohlhepp Martin
Krisch Alexander
Krauß Stefan
Knebel Mariosch
Kuntsch Ronny
Leopolt Karin
Ligensa Stefan
Marten Hans
Männel Wolfgang
Mühlberger Thomas
Neugebauer Andreas
Noleppa Norbert
Ratsch Sabrina
Sowade Danny
Swillins Mandy
Schiwek Christian
Teichmann Maik
Teichmann Lars



Daß die Welt nicht mehr, in Sorgen
Um ihr leichterschüttert Glück,
Täglich bebe vor dem Morgen,
Gebt ihr ihren Kern zurück!
Macht Europas Herz gesunden,
Und das Heil ist euch gefunden.



Emanuel Geibel
Auszug aus dem Gedicht
»Deutschlands Beruf«





WICHTIGER HINWEIS:
Bei Geldspenden an Kameraden immer erst
mit diesen Rücksprache halten!
Niemals einfach an die Haftanstalten überweisen.
Das Geld könnte in die falschen Hände geraten!



Neue Wohn- oder Postanschrift bitte sofort dem HNG Vorstand mitteilen.

Ein Nachsendeauftrag den ihr bei der Post beantragt heißt nicht, daß wir eure neue Anschrift dadurch erfahren.

Ihr müßt uns eure neue Adresse/Anschrift persönlich mitteilen!

Danke!

...sagt der Vorstand der HNG
allen Kameradinnen und Kameraden,
insbesondere N. Kl. – St. Wieg – Ca. Schmi –Wolfg. Schu – An. Horn – Dr. Jani – Dr. Rose – NGB Pommern - und alle die etwas mehr zahlen, für ihre Geld- und Sachspenden, mit denen sie die Gefangenenhilfe unterstützt haben.

DAS KETZERBREVIER

„Dreifach ist der Schritt der Zeit:
Zögernd kommt die Zukunft hergezogen,
pfeilschnell ist das Jetzt entflogen,
ewig still steht die Vergangenheit."

Friedrich Schiller

Bitte hier abtrennen und einsenden an: Ursel Müller, Sägewerk 26, D - 55124 Mainz-Gonsenheim

ANTRAG AUF MITGLIEDSCHAFT

Hiermit beantrage ich die Mitgliedschaft in der Hilfsgemeinschaft für nationale politische Gefangene (HNG) e.V. Die Mitgliedschaft beginnt mit der Bestätigung dieses Antrages.

☐ Von der Satzung des Vereins habe ich Kenntnis genommen.
☐ Die Satzung soll mir zugeschickt werden.

NAME: VORNAME:

GEBURTSTAG: GEBURTSORT:

WOHNORT: STRASSE:

BERUF: TELEFON:

E-POST-ADRESSE: MOBIL-TELEFON:

DATUM: UNTERSCHRIFT:

Es könnte von Vorteil sein, wenn Sie uns die Anschrift des/der nächsten Angehörigen mitteilen.

NAME und ANSCHRIFT: